Größte Dresdner Morgenzeitung

Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf.
A außerhalb 15 Rpf.

Der Freiheitskampf

Jedes liest die Artikelfolge auf Seite 11: Aufbau im Sachsengau

Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Amtsgerichte, der Landesfinanzämter, der Finanzämter, der Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbauämter und der Devisenstellen

Bezugspreise: monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebsnachlaß bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einschl. 49,70 Rpf. Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf. Bestellgeld) Bei Abholung in unsr. Geschäftsstellen 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 331. Freitag, 27. November 1936

Anzeigenpreise lt. amtl. Preisl. Nr. 15 Anzeigenschl. am Tage vor Erch. 16 Uhr, f. d. Sonntagsausg. freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg. sonnabends 15.30 Uhr. Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH., Dresden-A. 1, Wettinerstr. 10. Postscheckkonto Dresden 30175. Geschäftsz. 8—18 Uhr. Sprechz. d. Schriftleitung 11—12 Uhr außer sonnabends. Fernruf Sammelnr. 25891 u. 25281

Sicherheitszone im Hafen von Barcelona

Der Führer grüßt die deutschen Bauern - Weltecho des antibolschewistischen Abkommens

Japan macht ernst

Tokio, 26. November

Wie die Agentur Domei mitteilt, stehen verschiedene Maßnahmen zur Durchführung des ersten Punktes des deutsch-japanischen Abkommens in Japan bereits bevor. Es sei vor allem an eine verschärfte Ueberwachung bolschewistischer Umtriebe und möglicherweise auch an die Abänderung von Gesetzen gedacht, wovon man sich verstärkte Einwirkungsmöglichkeiten auf die linksradikalen Kreise in Japan verspricht.

Man nimmt an, daß sich diese Maßnahmen auch auf Mandschukuo und die nordchinesischen Gebiete erstrecken dürften, wo, wie Domei hervorhebt, eine besonders strenge Ueberwachung des Kommunismus notwendig sei.

Moskau verdreht die Tatsachen

Tokio, 26. November

An der Ostgrenze von Mandschukuo ist es zu einem außerordentlich ernsten Zwischenfall gekommen. Sowjettruppen überfielen eine japanische Abteilung, die zehn Tote und sieben Schwerverletzte auf dem Kampfplatz zurücklassen mußte. Acht Japaner werden noch vermißt. Noch kein Grenzzwischenfall hat so viele Opfer gefordert.

Moskau hat sich beeilt, unter völliger Verdrehung der Tatsachen bei dem japanischen Geschäftsträger wegen „der Beschießung sowjetrussischer Grenzwachen" zu protestieren und eine „Bestrafung der Schuldigen" zu fordern. In Japan herrscht über diese offensichtliche Provokation stärkste Empörung.

Juden beuten Heimarbeiter aus

Wien, 26. November

In der letzten Zeit haben sich in Wien die Fälle schwerster Ausbeutung von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen durch jüdische Unternehmer in unerträglicher Weise gehäuft. Vor kurzem erst wurde einer der ärgsten Lohndrücker, der Inhaber eines der größten Damenmodengeschäfte Wiens, der Ostjude Krupnik, mit einer schweren Polizeistrafe belegt. Nun haben sich die österreichischen Behörden entschlossen, energisch durchzugreifen. Der Staatssekretär für Arbeiterfragen, Rott, hat angeordnet, daß sämtliche Firmen, bei denen sich der Verdacht von Lohndrückereien gegenüber Heimarbeitern ergeben habe, durch staatliche Kontrollorgane überwacht werden. Die schwersten Strafen des Gesetzes werden denen angedroht, bei denen noch Mißstände zutage treten.

*

Es ist erfreulich, daß man sich endlich auch in Oesterreich dazu entschließt, gegen die ehedem so verhätschelten Hebräer vorzugehen. Im Reich ist den jüdischen Ausbeutern sehr rasch das Handwerk gelegt worden. Man kann es verstehen, daß die Volksgenossen unseres Bruderstammes keine Lust mehr verspüren, sich länger von den jüdischen Parasiten drangsalieren zu lassen, die in ihrer Raffgier selbst den ohnehin schlecht genug bezahlten Heimarbeiterinnen noch die letzten Groschen mißgönnten.

Wachsende Verständigung Belgrad–Rom

Bericht unseres römischen Vertreters

Dr. v. L. Rom, 26. November

Die sich in der letzten Zeit abzeichnende Entspannung an der Adria scheint jetzt zu einer direkten italienisch-jugoslawischen Fühlungnahme auf diplomatischem Wege geführt zu haben. Meldungen aus französischen Quellen, daß zwischen Rom und Belgrad der Abschluß eines antikommunistischen Abkommens bevorstehe, werden hier zwar dementiert. Doch bildet sicherlich die antikommunistische Einstellung Jugoslawiens im Gegensatz zur bolschewistenfreundlichen Tschechoslowakei eine Grundlage der zur Zeit zwischen Rom und Belgrad laufenden Gespräche.

Eine Mitteilung Francos an England

up London, 26. November (Eig. Dienst)

Wie die britische Admiralität mitteilt, hat die Franco-Regierung nunmehr, dem englischen Wunsche entsprechend, eine Sicherheitszone für die ausländischen und neutralen Schiffe im Hafen von Barcelona festgelegt. Der die britischen Kriegsschiffe in den spanischen Gewässern kommandierende Konteradmiral habe an Bord des Kriegsschiffes „Arethusa" ein Telegramm des nationalistischen Militärgouverneurs von Mallorca erhalten, in dem die Sicherheitszone als das südlich von 41 Grad 21,3 Minuten nördlicher Breite liegende Gebiet zwischen dem Land und der offenen See bezeichnet wird. Die nördliche Grenze der Zone liegt etwa dreiviertel Seemeile vom Leuchtturm Barcelona entfernt.

Handelsminister Runciman hat am Donnerstag die Gesetzesvorlage über das Verbot der Waffentransporte durch britische Schiffe von ausländischen Häfen nach Spanien dem Parlament vorgelegt. Die Vorlage wurde bereits in der ersten Lesung vom Unterhaus gebilligt. Man nimmt infolgedessen an, daß sie bis zum 1. Dezember auch die übrigen Lesungen hinter sich haben werde und dem Oberhaus zugeleitet werden könne.

Italienisches Ultimatum an den Völkerbund?

Paris, 26. November

Der Genfer Berichterstatter des „Intransigeant" meldet, die italienische Regierung habe in Paris und in London wissen lassen, daß Italien aus dem Völkerbund austreten würde, wenn eine Abordnung der bolschewistischen Gewalthaber aus Valencia am 7. Dezember in Genf zur Sitzung des Völkerbundausschusses zur Reform der Völkerbundssatzungen zugelassen werden würde.

*

Eine Bestätigung dieser Nachricht liegt zur Stunde noch nicht vor, jedoch ist anzunehmen, daß man sich in Rom nach der offiziellen Anerkennung der spanischen Nationalregierung um so eher zu diesem Schritt entschlossen hat, als die Plünderung der italienischen Botschaft in Madrid und die Besetzung zahlreicher konsularischer Vertretungen durch die Roten erneut unter Beweis stellte, daß die bolschewistischen Verbrecher, die zur Zeit noch in einem Teil Spaniens hausen, nicht den geringsten Anspruch darauf erheben können, auch nur im entferntesten als Vertreter einer staatlichen Organisation oder gar einer rechtmäßigen „Regierung" gewertet werden zu können. Die sich Tag für Tag wiederholenden Verletzungen des Völkerrechts durch das von Moskauer Agenten aufgeputschte Mordgesindel sprechen dafür eine zu deutliche Sprache.

Keine territorialen Absichten Roms

Die immer wieder auftauchenden Gerüchte über territoriale Absichten Italiens oder sonstige umstürzlerische Pläne, die es mit seiner Spanienpolitik verfolge, besonders im Hinblick auf die Balearen oder andere spanische Gebiete, werden von amtlicher italienischer Seite in aller Form dementiert.

Der Geschäftsträger der Burgos-Regierung in Rom, Pedro Garcia Conde, traf am Donnerstag in der italienischen Hauptstadt ein. Conde war bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges Botschaftsrat bei der Londoner Botschaft Spaniens, trat aber als Anhänger Francos sofort von seinem Posten zurück.

Albanien erkennt Franco an

Die albanische Regierung hat die spanische Nationalregierung in Burgos anerkannt. Diese Anerkennung ist, wie hier erklärt wird, eine natürliche Folge der antikommunistischen Politik, die von der albanischen Regierung verfolgt wird.

„Wir werden weiter marschieren"

General Queipo de Llano teilte über den Sender Sevilla mit, daß in Genf eine marxistische katalanische Abordnung eingetroffen sei, die beabsichtige, beim Völkerbund die Anerkennung Kataloniens als unabhängiger Staat durchzusetzen. Wenn vielleicht auch gewisse Staaten derartigen Plänen ihre Unterstützung leihen sollten, werde, so betonte der General, das nationale Spanien einem solchen Schritt niemals seine Zustimmung erteilen. „Nach der Einnahme Madrids", so erklärte er, „werden wir weitermarschieren und Katalonien von dem landfremden Bolschewistengesindel befreien."

Durch Artillerie unterstützt, versuchten die Bolschewisten am Mittwoch erneut umfangreiche Gegenangriffe auf die Universitätsstadt und die Segovia-Lücke. Sie wurden von den unerschütterlichen Legionären, wie immer, mit starken Verlusten für die Roten abgewehrt. Die nationale Artillerie belegte ihrerseits die feindlichen Stellungen in dem nördlichen Madrider Stadtteil Cuatro Caminos mit schwerem Feuer. Am Nachmittag erschienen nach viertägiger Pause auch wieder nationale Bombenflugzeuge über der Hauptstadt. Wegen des unsichtigen Wetters ganz niedrig fliegend, konnten sie ungestört ihre Bombenladungen abwerfen. Nach den Aussagen von Ueberläufern herrscht bei der Madrider Zivilbevölkerung ungeheure Erregung. Täglich bilden sich Demonstrationszüge, deren Teilnehmer stürmisch die Uebergabe der Stadt fordern und die von den roten Machthabern nur mit Waffengewalt unterdrückt werden können.

Der Sender von Teneriffa teilte mit, daß die Verteidigung jetzt nur noch von der „internationalen Brigade", die täglich Verstärkungen erhalte, durchgeführt werde.

Starke nationale Fliegerstreitkräfte haben in der Nacht zum Donnerstag auch den Kriegshafen Cartagena angegriffen und mit zahlreichen Bomben belegt. Soweit bisher festgestellt wurde, ist ein mit Waffen und Munition beladenes Handelsschiff von den Bomben getroffen worden, ferner wurden bedeutende Schäden an den Hafenanlagen und den Artilleriestellungen verursacht.

Der Flottensachverständige der „Morningpost" schreibt, daß der Kommandant des britischen Zerstörers „Glowworm" den angeblich torpedierten spanischen Kreuzer „Miguel de Cervantes" besichtigt habe. Er habe dabei feststellen können, daß die Beschädigungen des Kreuzers tatsächlich von einem Torpedo stammen. Aus dem Kaliber habe sich einwandfrei ergeben, daß es nur von einem spanischen Unterseeboot der B-Klasse stammen könne.

Fortsetzung auf Seite 2

Eine stolze Bilanz

K. H. — Adolf Hitler sagte in einer seiner großen Reden in der Kampfzeit: „Wenn die deutschen Künstler wüßten, was ich einmal für sie tun werde, so würden sie geschlossen unter unseren Fahnen stehen." Dieses Wort fällt uns heute wieder ein, in dem Augenblick, in dem die Reichskulturkammer sich anschickt, ihren Jahrestag zu begehen. Wie ist dieser Ausspruch des Führers in Erfüllung gegangen, und wie ist diesem Versprechen die Tat in einem für das kulturelle Leben eines Volkes verschwindend geringen Zeitraum von drei Jahren gefolgt! Weit zurück bis in das Mittelalter müssen wir gehen, um einen ähnlichen elementaren Aufbruch des deutschen kulturellen Lebens feststellen zu können. Denn eine auch heute noch kaum faßbare Wandlung hat sich vollzogen, ein Umbruch, ein Aufbau, dessen Segen erst kommende Generationen voll würdigen werden und ernten dürfen. Die Größe dieser elementaren Umwälzung wird uns klar, wenn wir bedenken, wie aus all den zahlreichen Konfessionen und Theorien, aus den Philosophien und den mehr oder weniger zweckgebundenen Anschauungen, die das deutsche Geistesleben seit Jahrhunderten zerspalten und zerrissen haben, eine allumfassende, große und urgewaltige Weltanschauung nicht nur ein Volk, sondern — was damit unlöslich verbunden ist — auch ein Kulturleben neu geschaffen hat.

Wir wissen heute, daß im Staat der Vergangenheit sich keine Kulturblüte entfalten konnte. Hierzu fehlte die politische und die dem unverdorbenen Volke entstammende zeugende Kraft. Nur zu deutlich war diese Ohnmacht, das Nebeneinander von Staat und Kulturleben sichtbar. Jeder führte ein Eigendasein, der Staat wie auch die kulturell Arbeitenden, die Gelehrten, die Dichter, die Künstler. Wie inhaltlos war dieser Staat geworden, der nur Künstler sein eigen nennen konnte, die in betontem Individualismus dahinlebten, die genau so wenig an Volk und Staat dachten wie dieser an sie. Niemals ist deutlicher demonstriert worden, daß Staat und Kulturleben nicht nebeneinander gehen können als in jenen traurigen Jahren der Vergangenheit, die das Gepräge des Zerfalls nur allzu sehr im Gesicht trugen. Klar und unzweifelbar hatten dies der Führer und die Bewegung erkannt. Niemals konnte der vergangene Staat hier Wandel schaffen, weil es ihm an der Kraft fehlte, sich selbst und das Kulturleben aufzurichten. Er war längst blutleer geworden. Wir jedoch haben unter Adolf Hitler sehen gelernt. Wir haben erkannt, daß nur in einem gefestigten, unabhängigen Staat und nur in einem, der mit seinem Volk eng verbunden ist und aus diesem Quell ständig schöpfen kann, eine starke, geschlossene Kulturleistung sich entwickelt.

So war uns Nationalsozialisten das große Glück beschieden, diesen Zustand des kulturellen Lebens in Deutschland nicht nur zu erkennen, sondern darauf auch sofort die erlösende Tat folgen lassen zu können. In keinem Land ist es möglich gewesen, eine so starke politische Basis für jegliche kulturelle Betätigung zu schaffen, wie dies in Deutschland durch die nationalsozialistische Revolution der Fall geworden ist. Aus einem politisch gefestigten, weltanschaulich ausgerichteten, kraftvollen und gesunden Staat entwickelte sich in wenigen Jahren ein blühendes Kulturleben, wie wir es — geben wir dies ruhig zu — in dieser großen Form nicht zu hoffen wagten. Wo zuvor Zweckverbände mannigfachster Art, wo zuvor so viele soziale Interessen wie Menschen gezählt worden waren, da finden wir heute nur noch eine Einheit, einen Block, einen Willen all der kulturell Wirkenden. Eine Leistung ist dieser so

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19361127/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG